



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung am 09.12.2025**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),
Zeit:	17:00 Uhr bis 20:32 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. Ulrike Wünscher, Vorsitzende
Udo Nistripke
Axel Sommer

Thorben Vierkant
Hans-Joachim Berkes
Dr. Bodo Meerheim

Prof. Dr. Christine Fuhrmann

Wolfgang Aldag
Ferdinand Raabe
Mario Kerzel
Sarah Esbach
Andreas Godenrath
Herrn Klaus E. Hänsel
Babett Hünert
Andreas Kloevekorn
Sven Thomas Dr.
Jan Wagner

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle,
Vertretung für Herrn Sehrndt
AfD-Stadtratsfraktion Halle
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale),
Vertretung für Herrn Schied
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale),
Vertretung für Herrn Eigendorf
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion Volt/MitBürger
Fraktion Hauptsache Halle
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

René Rebenstorf

Norbert Schültke
Nico Schröter

Christiane Lütgert

Wolfgang Piller
Simone Trettin

Bernd Kiesbauer
Steffen Mahler
Jens Otto
Charlize Meisner

Beigeordneter für Stadtentwicklung, Umwelt
und Sicherheit
Leiter Fachbereich Mobilität
Leiter Fachbereich Städtebau und
Bauordnung
Leiterin Abteilung Stadterneuerung/
Förderung/ Finanzen
Leiter Abteilung Straßen- und Brückenbau
Leiterin Abteilung Stadtentwicklung/
Freiraumplanung
Verkehrsplaner
Sachbearbeiter Neu- und Ausbau
Leiter Abteilung Verkehrsplanung
stellvertretende Protokollführerin

Gäste:

Marko Mühlner
Martin Ständer

Director, Stadtbau AG
1. Hallescher Drachenbootverein e.V.

Entschuldigt fehlten:

Martin Sehrndt
Dirk Gernhardt
Thomas Schied
Eric Eigendorf
Jan Staffen
Helge Dreher

AfD-Stadtratsfraktion Halle
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung wurde von der Vorsitzenden, **Frau Dr. Ulrike Wünscher**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Dr. Wünscher sagte, dass Folgendes von der Tagesordnung zu nehmen ist: Der TOP 5.1, Vorlage VIII/2025/01659, betrifft die Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 25.09.2019 zum Gewerbegebiet Halle-Tornau (VII/2019/00008). Die Abstimmung dazu hat bereits im Stadtrat stattgefunden. Weiterhin ist der TOP 6.2, Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verbesserung der Parksituation in der Moses-Biletzky-Straße,

Vorlage: VIII/2025/01800, von der Tagesordnung zu nehmen, da dieser im KUOA in eine Anregung umgewandelt wurde.

Sie sagte, dass nichts auf die Tagesordnung zu setzen ist.

Sie machte auf folgende Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

Der TOP 5.10.1, Vorlage VIII/2025/02098, ist ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage „Kombinierter Varianten- und Baubeschluss Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse, Neubau Fuß- und Radwegeverbindung“ mit der Vorlagen-Nummer VIII/2025/01521. Der TOP 5.10.2, Vorlage VIII/2025/02105, ist ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur gleichen Beschlussvorlage VIII/2025/01521.

Bei dem TOP 6.3, Vorlage VIII/2025/01789, Antrag der Fraktionen Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) und FDP/FREIE WÄHLER zum Modellprojekt „Feierabendparken“, ist ein neuer Antragsteller, die FDP/FREIE WÄHLER, hinzugekommen.

Bei dem TOP 6.6, Vorlage VIII/2025/01594, Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Errichten einer Fahrradabstellanlage in der Niemeyerstraße, gab es Änderungen im Beschlussvorschlag.

Unter TOP 7 Mitteilungen sind zwei neue Mitteilungen zu verzeichnen:

TOP 7.1, Vorlage VIII/2025/01089, enthält den Bericht zur Straßenzustandserfassung, und TOP 7.2, Vorlage VIII/2025/02096, ist eine Kurzinformation zur Städtebauwerkstatt Stadtteilzentrum Neustadt vom 03. bis 05.12.2025.

Frau Prof. Dr. Fuhrman bat um Vertagung des TOP 6.5, Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum digitalen Bauantrag Vorlage, VIII/2025/01460, und 6.7., Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Entsiegelung und experimentellen Begrünung einer Fläche am Glauchaer Platz unter der Hochstraße, Vorlage VIII/2025/01852.

Herr Kehr wieder bat um Vertagung des TOP 6.9 bis März 2026, Antrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Aufhebung des Stadtratsbeschlusses Entwicklung einer autofreien Altstadt (VII/2019/00276), Vorlage: VIII/2025/01794.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Frau Dr. Wünscher** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - 4.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.10.2025
 - 4.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.11.2025
5. Beschlussvorlagen
 - 5.2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 197 Charlottenstraße/ Gottesackerstraße/ Töpferplan – Abwägungsbeschluss
Vorlage: VIII/2025/01580
 - 5.3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 197 Charlottenstraße/ Gottesackerstraße/ Töpferplan – Satzungsbeschluss
Vorlage: VIII/2025/01581
 - 5.4. Baubeschluss Neugestaltung Platz der Völkerfreundschaft
Vorlage: VIII/2025/01507
 - 5.5. Anerkennung des Mietspiegels Halle (Saale) 2026-2027 (Fortschreibung Mietspiegel 2024)
Vorlage: VIII/2025/01531
 - 5.6. Richtlinie zur Gestaltung von Fahrradabstellanlagen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01578
 - 5.7. Baubeschluss Radweg Seebener Straße zwischen Trothaer und Mötzlicher Straße sowie Trothaer Straße und Am Krähenberg
Vorlage: VIII/2025/01650
 - 5.8. Variantenbeschluss zum barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen (Paket 5)
Vorlage: VIII/2025/01665
 - 5.9. Änderung des Baubeschlusses Stadtpark 5. BA
Vorlage: VIII/2025/01731
 - 5.10. Kombiniertes Varianten- und Baubeschluss Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse, Neubau Fuß- und Radwegeverbindung
Vorlage: VIII/2025/01521

- Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
- 5.10. Kombiniertes Varianten- und Baubeschluss Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse,
1. Neubau Fuß- und Radwegeverbindung – Vorlagen-Nummer: VIII/2025/01521
Vorlage: VIII/2025/02098
- Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
- 5.10. "Kombiniertes Varianten- und Baubeschluss Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse,
2. Neubau Fuß- und Radwegeverbindung" VIII/2025/01521
Vorlage: VIII/2025/02105
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Erweiterung des P&R Parkplatzes
Büschdorf
Vorlage: VIII/2025/01754
- 6.3. Antrag der Fraktionen Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) und FDP/FREIE WÄHLER zum
Modellprojekt „Feierabendparken“
Vorlage: VIII/2025/01789
- 6.4. Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur "Roten Liste der bedrohten
Baudenkmale"
Vorlage: VIII/2025/01639
- 6.6. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Errichten einer Fahrradabstellanlage in
der Niemeyerstraße
Vorlage: VIII/2025/01594
- 6.8. Antrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zum Austausch der störanfälligen
Senkelekranten am Marktplatz Halle (Saale).
Vorlage: VIII/2025/01791
7. Mitteilungen
- 7.1. Bericht zur Straßenzustandserfassung
Vorlage: VIII/2025/02089
- 7.2. Kurzinformation zur Städtebauwerkstatt Stadtteilzentrum Neustadt vom 03.-05.12.2025
Vorlage: VIII/2025/02096
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen

nicht öffentlicher Teil

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

- Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.10.2025

- Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.11.2025

11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Der Fragesteller bat darum, seine Frage während der Behandlung von TOP 5.10 stellen zu dürfen.

Frau Dr. Wünscher wies darauf hin, dass dann das Rederecht für den Fragesteller beantragt werden muss.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 4.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.10.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 07.10.2025.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.11.2025

Die Bestätigung der Niederschrift vom 11.11.2025 wird auf die nächste Sitzung vertagt.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

Frau Dr. Wünscher schlug vor, den TOP 5.2 gemeinsam mit dem TOP 5.3 zu behandeln. Der Ausschuss signalisierte Zustimmung.

zu 5.2 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 197 Charlottenstraße/ Gottesackerstraße/ Töpferplan – Abwägungsbeschluss** Vorlage: VIII/2025/01580

zu 5.3 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 197 Charlottenstraße/ Gottesackerstraße/ Töpferplan – Satzungsbeschluss** Vorlage: VIII/2025/01581

Herr Rebenstorf sagte, dass das ein längeres Verfahren war. Das Areal war eine größere Brachfläche. Die Abstimmungen, unter anderem mit dem Landesdenkmalamt, waren sehr aufwändig.

Herr Schröter führte in die Beschlussvorlagen ein.

Herr Raabe begrüßte, dass die Beseitigung der Brachfläche näherkommt. Positiv bewertete er auch die Einrichtung von Carsharing-Plätzen und die Begrünung von Fassaden und der Dächer. Eine Pflicht zur Einrichtung einer PV-Anlage auf den Dächern und eine Rampe Richtung Leipziger Turm wären ebenfalls gut gewesen. Er fragte, ob es eine Lösung zur Verbindung zum Hansering geben wird. Außerdem erkundigte er sich nach dem Grund, weshalb die Ausrichtung der Ausfahrten der Tiergaragen nicht in Richtung Magdeburger Straße berücksichtigt wurde.

Herr Schröter antwortete, dass man sich bei den Dächern für eine Mindestaufdeckung in Form der Dachbegrünung entschieden hat. Eine parallele PV-Nutzung ist möglich, aber eine Verpflichtung dazu rechtlich nicht. Die Zufahrten zu den Tiefgaragen wurden aufgrund des Geländes so geplant.

Herr Schültke sagte, Tiergaragenzufahrten werden meist so geplant, dass man die Hauptverkehrsachse weniger belastet. Wegen einer Rampe ist man noch in Verhandlungen mit der Vorhabenträgerin, was die Kostenbeteiligung angeht.

Herr Raabe fragte, wie man sich zum Thema Kostenbeteiligung geeinigt hat.

Herr Schültke sagte, dass man sich auf einen Festbetrag geeinigt hat.

Herr Raabe fragte, ob man bei der Prüfung der Rampenführung den Töpferplan mit einbezogen hat.

Herr Schültke sagte, dass das ein vorhabenbezogener Bebauungsplan ist. Dieser Definiert das Bauvorhaben. Daher gibt es keine Option, dies anders zu bewerten.

Herr Wagner fragte, ob die dort angeschlossene Fernwärme für das neu entstehende Gebiet genutzt werden soll. Außerdem fragte er, ob es konkrete Maßnahmen für die Straßen im Charlottenviertel gibt, um die zukünftige Verkehrslast tragen zu können. Des Weiteren fragte er, wie der Verlauf der Radwege angepasst werden soll.

Herr Schültke antwortete, dass es für den Ausbau der Verkehrsflächen eine mit dem Vorhabenträger abgestimmte Vorentwurfsplanung gibt. Der zweite Teil der Frage beinhaltet eine verkehrsrechtliche Anordnung im übertragenen Wirkungskreis. Dies ist zu entscheiden, wenn die Umsetzung erfolgt. Die Straßenverkehrsbehörde ist zuständig für die Festlegung der konkreten Regelungen, wie etwa Einbahnstraßen oder Parkverbote. Das ist nicht Gegenstand eines Bebauungsplanes.

Herr Schröter sagte, dass die Nutzung der Fernwärme, die in der Nähe anliegt, nicht ausgeschlossen ist. Explizierte Regelungen zur verpflichtenden Nutzung der Fernwärme sind im Plan nicht enthalten.

Frau Dr. Wünscher beantragte das Rederecht für Herrn Mühlner. Dem Rederecht wurde einstimmig zugestimmt.

Herr Mühlner sagte, dass man derzeit ein Energiekonzept erarbeitet. Der Anschluss an die Fernwärme ist dabei nicht ausgeschlossen.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass im kommenden Jahr wahrscheinlich die Wärmeplanung beschlossen werden soll. Er fragte, ob das dann miteinander korreliert.

Herr Rebenstorf sagte, dass die kommunale Wärmeplanung noch nicht fertig ist. Falls der B-Plan beschlossen wird, ist dieser im Bestandsschutz. Was in der kommunalen Wärmeplanung beschlossen werden würde, ist dann für alle neuen Vorhaben gültig.

Herr Berkes sagte, dass im Verkehrsgutachten viele Defizite benannt werden. Es werden dafür notwendige Maßnahmen beschrieben. Er fragte, ob die Fragen bezüglich der Defizite, deren Beseitigungen auch Kosten verursachen, zeitnah angegangen werden.

Herr Schültke sagte, dass in das Verkehrsgutachten die damaligen Erkenntnisse mit eingeflossen sind, an denen sich im Wesentlichen bis heute nichts geändert hat. Es werden einige bauliche Veränderungen in den naheliegenden Rahmenbedingungen erwartet. Diese müssen geplant und per Planfeststellungsbeschluss herbeigeführt werden.

Herr Schröter sagte, dass die Verkehrsuntersuchung zweimal fortgeschrieben wurde.

Herr Godenrath fragte, ob planungstechnisch für jede Wohneinheit ein Stellplatz zur Verfügung gestellt werden kann.

Herr Mühlner sagte, dass für die Planung der Tiefgarage nicht jede Wohneinheit berücksichtigt wurde. Erfahrungsgemäß ist der Bedarf dafür nicht mehr gegeben.

Herr Hänsel bemängelte die Dauer des gesamten Verfahrens. Er fragte, warum die Erstellung des Bebauungsplans trotz des beschleunigten Verfahrens so lange gedauert hat.

Herr Schröter sagte, dass die wesentlichen Herausforderungen bei diesem Verfahren im Denkmalschutz lagen. Es wurde auf dem Weg zum Satzungsbeschluss eine Kompromisslösung gefunden. Ebenfalls wurde das Thema Baumbestand sehr intensiv im Verfahren betrachtet.

Herr Rebenstorf sagte, dass der Geltungsbereich im beschleunigten Verfahren eingekürzt wurde.

Herr Mühlner sagte, dass die Änderung der Stellplatznutzung der Stadt Halle ebenfalls ein Thema war. Das Verkehrskonzept musste dahingehend nochmal angepasst werden. Die angesprochenen Punkte haben zu intensiven und zeitaufwändigen Gesprächen mit Ämtern und Behörden geführt.

Herr Hänsel fragte, ob der Vorhabenträger mit dem Ablauf zufrieden war.

Herr Mühlner sagte, dass man im Großen und Ganzen zufrieden ist.

Frau Prof. Dr. Fuhrmann fragte zum Naturschutzrecht. Sie sagte, Nist- und Fledermauskästen sollen erst nach Abschluss der Bauarbeiten angebracht werden und das steht im Widerspruch zum Naturschutzrecht. Außerdem fragte sie zum Verständnis, ob das mit den Retentionsflächen über den Tiefgaragenflächen wirklich funktioniert.

Herr Schröter erklärte, dass die Retentionsflächen über den Tiefgaragen mit den zuständigen Bereichen und Abteilungen der Stadtverwaltung abgestimmt worden sind. Zum Thema Nist- und Fledermauskästen sagte er, dass es eine artenschutzfachliche Untersuchung gab. Das ist später, auch im Baugenehmigungsverfahren, nachgelagert zu berücksichtigen.

Frau Lütgert sagte, dass das zwei verschiedene Dinge sind, die als Widerspruch verknüpft werden. Es liegt ein Artenschutzgutachten vor. Das hat keine Population von Fledermäusen oder geschützten Vogelbrutplätzen nachgewiesen. Auf Grund der Möglichkeit von Habitaten wird gegebenenfalls von der unteren Naturschutzbehörde eine fachliche Begleitung gefordert. Das Gutachten schlägt vor, dass man für künftige Populationen in diesem Gebiet Nistkästen für Fledermäuse und Vögel anbringen kann. Nicht für eine vorhandene Populationen, da diese nicht vorhanden sind.

Frau Prof. Dr. Fuhrmann sagte, dass es günstig gewesen wäre, das Gutachten zur Verfügung zu stellen.

Frau Lütgert sagte, dass man aktuell bei einem Satzungsbeschluss so ein Gutachten nicht mit beifügt.

Herr Dr. Meerheim fragte zur textlichen Festsetzung Nr. 6, dem förderfähigen Wohnungsbau. Er fragte, wie der Quadratmeterpreis beziffert werden kann und wie verbindlich das ist.

Herr Schröter sagte, dass unter anderem die Wohnungsgröße in den Förderrichtlinien geregelt ist. Zum aktuellen Zeitpunkt gibt es keine finanziellen Mittel im Rahmen der Förderkulisse für sozialen Wohnungsbau. Demzufolge ist zwar eine Festsetzung im Bebauungsplan enthalten. Die tatsächliche Herstellung von Sozialwohnungen kann zum jetzigen Zeitpunkt mangels finanzieller Mittel jedoch nicht gewährleistet werden.

Herr Dr. Meerheim äußerte seinen Unmut darüber, dass es keine freiwillige Lösung dafür gibt.

Herr Schröter sagte, dass die Festsetzung ihre Berechtigung hat. Freiwillige Lösungen wären auf dem Verhandlungswege mit dem Investor abzustimmen gewesen. Die Vorlage zum Baulandmodell wurde nicht verbindlich vom Stadtrat beschlossen.

Herr Vierkant erkundigte sich, ob das Parkhaus bei geringerem Bewohnerbedarf für öffentliches Parken geöffnet werden könnte.

Herr Rebenstorf sagte, dass die neue Stellplatzsatzung vom Investor begrüßt wurde.

Herr Mühlner sagte, dass die komplette Fläche unter den Gebäuden als Tiefgarage geplant ist. Eine weitere Erweiterung ist nicht möglich.

Herr Aldag fragte, ob die Rampe bei der Planung mit dabei ist oder ob die Stadt diese mittragen muss. Außerdem fragte er, wo genau die zwölf Ersatzpflanzungen geplant sind, da auf dem Plan nur sechs Stellen zu erkennen sind.

Herr Schültke sagte, dass die Planung der Rampe zu gegebener Zeit gemacht wird.

Herr Schröter sagte, dass zwölf Ersatzpflanzungen geplant sind. Ob alle auf der geplanten Fläche stattfinden können, ist noch nicht abschließend geklärt.

Herr Aldag sagte, dass der Text dann angepasst werden müsste.

Herr Schröter sagte, weitere Pflanzungen sind möglich, aber nicht explizit ausgewiesen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Wünscher** bat um Abstimmung.

zu 5.2	Vorhabenbezogener Gottesackerstraße/ Vorlage: VIII/2025/01580	Bebauungsplan Töpferplan	Nr. –	197	Charlottenstraße/ Abwägungsbeschluss
--------	--	-------------------------------------	------------------	------------	---

<u>Abstimmungsergebnis skE:</u>	einstimmig zugestimmt
--	------------------------------

<u>Abstimmungsergebnis SR:</u>	einstimmig zugestimmt
---------------------------------------	------------------------------

Beschlussempfehlung:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 197 „Charlottenstraße/ Gottesackerstraße/ Töpferplan“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit zu antworten und das Ergebnis mitzuteilen.

**zu 5.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 197 Charlottenstraße/
Gottesackerstraße/ Töpferplan – Satzungsbeschluss**
Vorlage: VIII/2025/01581

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 197 „Charlottenstraße/ Gottesackerstraße/ Töpferplan“ bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) in der vorgelegten Fassung vom 26.09.2025 einschließlich des dazugehörigen Vorhaben- und Erschließungsplanes (Teil C) in der vorgelegten Fassung vom 26.09.2025, gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.
2. Die Begründung in der vorgelegten Fassung vom 26.09.2025 wird gebilligt.

zu 5.4 Baubeschluss Neugestaltung Platz der Völkerfreundschaft
Vorlage: VIII/2025/01507

Frau Trettin führte in die Beschlussvorlage ein.

Herr Aldag fragte, wie es dazu kam, einen Boule-Platz zu errichten. Außerdem erkundigte er sich, ob man an der Straßenbahnhaltestelle Maßnahmen ergreifen könnte, damit die Menschen nur in eine Richtung gehen können und den Trampelpfad nicht benutzen.

Frau Trettin sagte, dass die Errichtung Boule-Platzes aus der Anliegerbeteiligung entstanden ist. Zum Trampelpfad sagte sie, dass es eine Gewohnheitsfrage ist. Wenn die Nutzung des Trampelpfades unattraktiv gestaltet und an der Stelle unterbunden wird, würde sich auch das Nutzerverhalten verändern.

Herr Dr. Thomas bemängelte, dass man keinen Variantenbeschluss anbietet, da eine Bürgerbeteiligung stattgefunden hat. Er regte an, sich mit dem Thema Variantenbeschluss später intensiver zu befassen

Frau Trettin sagte, dass die vorliegende Variante die einzig umsetzbare Variante ist.

Herr Godenrath fragte, wie hoch die Mauer werden wird, die am Trampelpfad entstehen soll. Außerdem fragte er, ob es Hinweise seitens der Verkehrsbehörde gibt, dass dort schon gefährliche Situationen eingetreten sind.

Frau Trettin antwortete, dass die Mauer 90 Zentimeter hoch sein soll. Sie sagte, dass der Bereich kein Unfallschwerpunkt darstellt. Es wird das Potential gesehen, dass es gefährlich werden kann. Mit dieser Planung könnte man es mindern.

Herr Godenrath sagte, dass die Verantwortung bei den Eltern der nutzenden Kinder liegt. Die Höhe von 90 Zentimetern ist auch nicht sehr hoch. Er sagte, dass das eher die Kinder animiert, dass sie darüber klettern.

Herr Berkes fragte, ob die ehemalige Kaufhalle auch saniert wird.

Frau Trettin sagte, dass es dort eine neue gastronomische Nutzung darin gibt. Das Gebäude wurde in weiten Teilen bereits saniert.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Wünscher** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, für das Vorhaben Neugestaltung Platz der Völkerfreundschaft auf den Variantenbeschluss zu verzichten.
2. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung der Umgestaltung Platz der Völkerfreundschaft mit einem Gesamtkostenrahmen von 975.848 €.

**zu 5.5 Anerkennung des Mietspiegels Halle (Saale) 2026-2027 (Fortschreibung
Mietspiegel 2024)
Vorlage: VIII/2025/01531**

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Vierkant wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Schröter

Ja, vielen Dank. Wir legen Ihnen unter dem Beschlusspunkt 5.5 die Anerkennung des Mietspiegels 2026, 2027 hier als Beschluss vor. Lassen Sie mich ganz kurz nochmal erläutern, welchen Stand wir jetzt haben. Wir haben im Jahr 2023 den qualifizierten Mietspiegel beschlossen für die Jahre 2024, 2025. Sprich, dieser gilt seit dem 01.01.2024 bis zum Ende dieses Jahres. Qualifizierte Mietspiegel sind fortzuschreiben nach zwei Jahren. Diese Fortschreibung steht jetzt an. Entsprechend wurde auch in der Vergangenheit an verschiedenen Stellen, zum einen am runden Tisch Wohnen, aber auch hier im Ausschuss, über die entsprechende Fortschreibung und das gewählte Verfahren berichtet.

Der Arbeitskreis zum Mietspiegel hat natürlich auch wieder entsprechend getagt. Man hat das in der gewählten Zusammensetzung gemeinsam entwickelt. Und wir haben uns hinsichtlich der Fortschreibung an der, also, an der Entwicklung des Verbraucherpreisindexes orientiert, beziehungsweise den als Grundlage herangezogen. Es wäre auch eine alternative Variante möglich gewesen, dass man erneut eine verkleinerte Stichprobenziehung durchgeführt hätte.

Im Rahmen aber eben dieser Grundsatzentscheidung hat man sich innerhalb des Arbeitskreises für die vorgenannte Variante anhand des Verbraucherpreisindexes, entschieden. Sie sehen hier auf der Folie entsprechend dargestellt, wie der Verbraucherpreisindex sich entwickelt hat. In dem hier rot dargestellten Bereich sehen Sie den relevanten Bereich, der für uns zugrunde zu legen war. Das war ab Frühjahr 2023. Das war der Zeitpunkt, der Erhebung der statistischen Daten für den Mietspiegel 2024. Das Ganze wird dann sozusagen ausgehend von diesem Zeitpunkt, eben über zwei Jahre entsprechend aufgenommen.

Und daraus ergibt sich dann eben eine Steigerung der entsprechend ausgewiesenen Mietpreise in Höhe von 4,39 Prozent. Was wäre noch an der Stelle wichtig zu sagen? Gern auch eine Folie weiter gehen. Sie sehen hier nochmal die Basiswerte in Abhängigkeit der Wohnungsgröße. Die sind hier entsprechend eben um diese 4,39 Prozent entsprechend fortgeschrieben worden. Wir sehen hier auf der letzten Folie auch nochmal die Wohnlagenkarte, das auch informatorisch hier an dieser Stelle, hier gibt es keine Veränderung.

Das heißt, sozusagen, die Inhalte unseres Mietspiegels, unseres qualifizierten Mietspiegels, außerhalb dieser punktuellen Fortschreibung, was die entsprechenden Mietpreishöhen betrifft, die bleiben entsprechend identisch. Wichtig an der Stelle, ich möchte es nochmal hervorheben, dass wir eben eine Empfehlung des Arbeitskreises Mietspiegel an dieser Stelle vorliegen haben. Dass wir hier um eine Beschlussfassung innerhalb des Stadtrates und der entsprechenden vorgelagerten Gremien entsprechend bitten.

Und es ist natürlich auch das Ziel, und das wurde auch bereits in Aussicht gestellt, dass wir, sofern es hier einen Beschluss gibt, entsprechend eine Anerkennung, sowohl durch den Mieterbund, als auch durch die Vermietervertretung, an der Stelle herbeiführen können. Was eben sehr wichtig ist, welche Beweiskraft dieser Mietspiegel eben zukünftig im Rahmen von Mietstreitigkeiten oder Mieterhöhungsverlangen spielt. Da ist diese Anerkennung ein wesentliches zusätzliches Merkmal, was wir hier bereitstellen können. Wie gesagt, er würde dann gelten ab 01.01. kommenden Jahres für zwei Jahre.

Er wird entsprechend wieder im Internet veröffentlicht. Es gibt den Online-Mietspiegelrechner, es gibt aber auch kostenfreie Druckexemplare, die unter anderem in der Scheibe A entsprechend eben auch zur Verfügung gestellt werden. Das heißt, das ist das gleiche Veröffentlichungsprozedere, wie zu Beginn 2024. Und auch noch, als kleiner Ausblick: Wir werden uns dann auch schon zu Beginn des kommenden Jahres erneut innerhalb des Arbeitskreises zusammenfinden. Weil, es gilt natürlich, die Neuaufstellung des Mietspiegels dann ab 2028 entsprechend schon auf den Weg zu bringen und vorzubereiten.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Schröter. Gibt es Fragen zu dieser Beschlussvorlage? Herr Vierkant.

Herr Vierkant

Ja. Dankeschön. Ja, wie gesagt. Es ist alles nachvollziehbar. Natürlich, die Inflation schreitet voran. Aber wir haben natürlich damals von SPD und CDU-Regierung einen beschlossenen Mietspiegel, die Vorlage eines Mietspiegels, dann umgesetzt. Und haben in der Folge, gerade in dem Zusammenhang mit den Problemen Kosten der Unterkunft, also, dass dann entsprechend Vermieter dann, wenn sie hören, dass Sozialleistungen gezahlt werden, höhere Mieten aufrufen.

Was dazu führt, dass entsprechend die umliegenden Mieter auch, aufgrund des Mietspiegels, höher nachher zahlen müssen. Das ist eine Dynamik, die sich sehr negativ auf den halleischen Wohnungsmarkt auswirkt, aus unserer Meinung. Deswegen können wir auch, trotzdem es sich halt entsprechend um eine Inflationsangleichung handelt, nicht sagen, dass wir hier zustimmen, sondern würden uns enthalten.

Weil, natürlich, eine Ablehnung wäre auch schwierig, da es entsprechend eine Anpassung an die Inflation ist, beziehungsweise ein gesetzliches Erfordernis, die das sagt, wir müssen das jetzt quasi so fortschreiben und in zwei Jahren müssen wir sowieso einen neuen Mietspiegel erstellen lassen. Das ist ja dann auch gesetzlich verpflichtend, wie ich das verstanden habe.

Frau Dr. Wünscher

Das war ein Statement. Herr Raabe, bitte.

Herr Raabe

Ja, vielen Dank. Wie auch schon ausgeführt wurde, ist der Mietspiegel ja klar geregelt, wie wir den als Kommune zu erstellen haben. Und deshalb vielleicht nur kurz den Appell, dass ja die Zustimmung hier eben nicht an der inhaltlichen Frage hängt, sondern an der Frage, ist der sauber erstellt oder nicht. Und das ist er. Und deshalb würde ich sagen, muss man hier nicht das große bundespolitische Fass aufmachen. Aber, die Frage von unserer Fraktion richtet sich auf die externe Vergabe der Erstellung. Man hat sich ja jetzt hier auf das, auf die, für die Fortschreibung entschieden mit dem Index.

Das einfachere Verfahren quasi gewählt. Wie es ja auch als Möglichkeit explizit vorgesehen ist. Und sich dennoch für eine externe Vergabe entschieden. Und deshalb ergeben sich ja zwei Fragen für uns. Zum einen, warum hat man, trotz diesen geringeren Umfanges, Aufwandes, für ein externe Vergabe entschieden? Hätte das auch in der Stadtverwaltung abgebildet werden können? Und dementsprechend auch, wie sich da die Kosten gestalten, die dadurch durch die Stadt zu tragen waren durch die externe Vergabe.

Frau Dr. Wünscher

Herr Schröter wird Ihre Fragen beantworten, Herr Raabe. Herr Schröter, bitte.

Herr Schröter

Ja, grundsätzlich ist es so, dass die Kapazitäten tatsächlich, auch gerade in dem Bereich der Stadtentwicklung, der sich auch um die Fortschreibung, oder generell inhaltlich um den Mietspiegel hier an der Stelle kümmern, dass diese Kapazitätensituation sehr auf Kante genäht ist. Ich gebe Ihnen Recht, dass die Fortschreibung anhand des bundesweiten Verbraucherpreisindexes völlig, also relativ einfach, an der Stelle zu erstellen ist. Dennoch ist neben der Ermittlung eben dieser prozentualen Steigerung, sind natürlich trotzdem Dinge zu tätigen. Zum einen, sind die Broschüren entsprechend anzupassen.

Das ist ein Aufwand, der entsteht. Es ist entsprechend der Mietspiegelrechner etc. anzupassen. Und wenn wir diesbezüglich, sag ich mal, Erleichterung innerhalb der gesamten Arbeitsabläufe und der anfallenden Arbeiten innerhalb gerade dieser Abteilung generieren können, dann nutzen wir das sehr, sehr, sehr gern. Weil wir damit eben kapazitätenschonend eben den Gesamtaufgaben hier an der Stelle begegnen können. Auch nur noch eine Anekdote am Rand: Selbst ein Prozentsatz ist am Ende nicht immer zweifelsfrei einfach zu berechnen.

Wir hatten mal in einer ersten Vorabinformation tatsächlich, dem einen oder anderen ist es aufgefallen, als das Büro noch nicht beauftragt war, eine leicht falsche Prozentangabe, an der Stelle auch bekanntgegeben. Dass konnte dann im späteren auch durch eine eigene Erkenntnis wieder ausgemerzt werden. Aber insbesondere auch auf Grund der Expertise eines privaten Dienstleisters, eines Dritten an der Stelle entsprechend auch sichergestellt werden. Die Kosten, die in dem Zusammenhang entstanden sind, wir haben Vergabeverfahren durchgeführt. So wie das üblich ist.

Und ich schaue jetzt auch nochmal in Richtung Frau Diemer. Ich habe in Erinnerung, dass das knapp unter 10.000, unter, also deutlich unter 10.000 Euro sozusagen an Kosten entstanden sind. Wir können gerne dann nochmal explizit die genaue Ziffer schriftlich nochmal nachreichen, die an Kostenaufwendungen in dem Zusammenhang entstanden sind.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Schröter. Sind Ihre Fragen beantwortet, Herr Raabe? Gut. Gibt es weitere Nachfragen zu der Beschlussvorlage? Das sehe ich nicht. Dann können wir zur Abstimmung kommen. Zuerst die sachkundigen Einwohner. Wer ist einverstanden mit dieser Beschlussvorlage? Den bitte ich um das Handzeichen. Fünf. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Bei zwei Enthaltungen ist dann dem doch einstimmig zugestimmt. Die Stadträte, bitte. Wer kann dieser Beschlussvorlage zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Das sind vier Ja-Stimmen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Bei sechs Enthaltungen ist das, ja, trotzdem einstimmig angenommen diese Beschlussvorlage.

Ende des Wortprotokolls.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der als Anlage beigefügte Mietspiegel Halle (Saale) 2026 - 2027 wird als qualifizierter Mietspiegel gemäß § 558d BGB anerkannt.
2. Der Mietspiegel Halle (Saale) 2026-2027 tritt am 01. Januar 2026 in Kraft.

zu 5.6 Richtlinie zur Gestaltung von Fahrradabstellanlagen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01578

Herr Schültke führte in die Beschlussvorlage ein.

Harr Raabe fragte, wie die Abwägung in Bezug auf Lastenfahrräder erfolgte.

Herr Schültke sagte, dass das oftmals eine sehr individuelle Entscheidung ist. Es wurde versucht, bisherige Erfahrungen abzubilden. Eine verpflichtende Regelung würde wahrscheinlich regional unterschiedlich bewertet werden. Daher wurde auf eine Einheitlichkeit verzichtet.

Herr Wagner sagte, dass die Prinzipskizzen nicht Teil der Vorlage waren. Er fragte, ob es daran liegt, dass diese nicht verändert werden. Des Weiteren erkundigte er sich, wie es mit Empfehlungen in nicht-privaten, aber auch nicht-städtischen Bereichen aussieht, beispielsweise bei Landesbehörden.

Herr Schültke antwortete, dass alles, was nicht städtisch ist, ist automatisch privat. Unabhängig davon, ob es Behörde oder ähnliches ist. Das Thema mit den Prinzipskizzen bejahte er.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Wünscher** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die aktualisierte Richtlinie zur Gestaltung von Fahrradabstellanlagen in der Stadt Halle (Saale).

zu 5.7 Baubeschluss Radweg Seebener Straße zwischen Trothaer und Mötzlicher Straße sowie Trothaer Straße und Am Krähenberg
Vorlage: VIII/2025/01650

Herr Otto führte in die Beschlussvorlage ein.

Herr Wagner sagte, dass sich seine Fraktion enthalten wird. Die Variante entlang der Straße wäre die bessere gewesen.

Herr Vierkant fragte, wie die 50.000 Euro Grunderwerbskosten zustande kamen.

Herr Mahler erklärte, dass sich im Bereich am Knoten Trothaer Straße ein privates Grundstück befindet, das den Gehweg dort verengt. Der Eigentümer wurde angefragt, ob er bereit wäre, das Grundstück abzugeben, woraufhin eine positive Rückmeldung erfolgte. Aus diesem Grund sind Grunderwerbskosten entstanden.

Herr Raabe bewertete es positiv, dass die Änderungen des Fuß- und radverkehrsbeauftragten beachtet wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Wünscher** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, die bauliche Realisierung des Radweges Seebener Straße zwischen Trothaer und Mötzlicher Straße sowie Trothaer Straße und Am Krähenberg mit einer Gesamtsumme in Höhe von 2.400.000,00 Euro.

zu 5.8 Variantenbeschluss zum barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen (Paket 5)
Vorlage: VIII/2025/01665

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Vierkant wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Dr. Wünscher

Herr Otto wird einführen in die Beschlussvorlage.

Herr Otto

Ja, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren. Ich wills auch hier recht kurz machen. Es ist explizit Variantenbeschluss vorgesehen, weil wir in einigen Bereichen die Haltestellen minimal verschieben. In dem Übersichtsplan, der der Vorlage beiliegt, sind die Haltestellen also da und so beschrieben. Die Veränderungen, die sind also nicht weltbewegend. Insbesondere in Neustadt nutzt man quasi die vorhandene Fahrbahnfläche um mehr Platz zu schaffen für Warteflächen. Schaffen es teilweise sogar zusätzliche Stellplätze zu ermöglichen und auch Flächen zu entsiegeln. Mehr würde ich dazu nicht sagen wollen und stehe dann für Fragen zur Verfügung. Danke.

Frau Dr. Wünscher

Gibt es Fragen? Ich sehe, die Hände schnellen hoch. Herr Nistripke, Herr Vierkant.

Herr Nistripke

Ja, also auffallend ist bei der Aufgliederung natürlich die relativ hohen Planungskosten. Also, bei Kanena war das, glaube ich, ein Drittel der Gesamtkosten. Gibt es dafür eine Begründung, warum die so hoch ausgefallen sind?

Frau Dr. Wünscher

Herr Kiesbauer, bitte.

Herr Kiesbauer

Die Planungskosten ergeben sich daraus, was an anrechenbaren Kosten berücksichtigt werden muss, sozusagen. Und da fällt insbesondere Beleuchtung relativ stark aus, sozusagen. Und mehr kann ich dazu jetzt nicht sagen. Es ist, also die Planungskosten werden anhand der anrechenbaren Kosten ermittelt. Die ergeben sich einfach in dieser Größenordnung. Dazu kann ich jetzt nicht mehr sagen. Es ist halt so. Also, wir haben eine Kostenannahme, gerade für die Beleuchtung relativ hoch an, vorzusehen. Es wird, die Ansprüche wachsen stetig an die DIN-Vorschriften etc. im öffentlichen Verkehrsraum. Und das ist dann die Folge davon.

Frau Dr. Wünscher

Herr Schültke wird noch ergänzen. Bitte, Herr Schültke.

Herr Schültke

Ja, um es nochmal zu vertiefen. Wir haben nicht an allen Bushaltestellen die gleichen Voraussetzungen. Bei machen, das Beispiel, das Herr Kiesbauer jetzt in einem halben Nebensatz jetzt erwähnt hat, ist jetzt sehr bezeichnend. Wir haben entsprechende DIN-Vorschriften, die auch jetzt umgesetzt werden müssen, was insbesondere die Sicherheit, Ausleuchtung, Beleuchtung angeht. Da gibt es so genannte Vorlaufflächen, die beleuchtet werden müssen und Nachlaufflächen, die beleuchtet werden müssen, bei Bushaltestellen. Und wenn dann eine Beleuchtungsanlage in Führungsstrichen so alt ist, dass sie komplett ersetzt werden muss, ergeben sich hohe Kosten.

Und die anrechenbaren Kosten wiederum sind auf der HOAE begründend entsprechend auf dann den Planungskosten, man sagt immer so ein dicker Daumen, zwanzig Prozent der Investitionskosten sind etwa Planungskosten. Ganz grob, als Orientierungshilfe. Und wenn eben eine Maßnahme individuell aus den genannten Gründen so teuer werden muss, weil es eine Vorschrift gibt, die man jetzt beachten muss, weil noch keine Beleuchtung eben da ist, die ausreicht, dann sind automatisch die Planungskosten auch unterschiedlich hoch.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Schültke. Herr Nistripke, zufrieden mit der Antwort? Naja, ich meine, es kann ja nichts anderes geantwortet werden. Also. Kostengünstiger ist immer besser, aber wenn es nicht geht, dann geht es nicht. Herr Vierkant, bitte.

Herr Vierkant

Dankeschön. Ja, ich wollte auch nochmal darauf zu sprechen kommen. Sie haben es ja schon gesagt. Viele der Maßnahmen sind hier im Bereich Neustadt. Wir haben hier natürlich entsprechend 100 Prozent Förderung. Aber trotzdem sollte man halt immer überdenken, ob es wirklich realistisch ist, dass so viele Fahrradfahrer in Neustadt freiwillig ihr Fahrrad an die Haltestelle stellen oder stehen lassen mehrere Stunden. Das ist so überwiegend, wenn ich das überblicke, der Kostenfaktor, dass hier überall Fahrradbügel erstellt werden.

Gleichzeitig werden zahlreiche Busbuchten entfernt und zu Haltestellenkaps umgebaut oder einfach nur zu Haltestellen verengt. Sodass entsprechend nicht mehr der Bus reinfährt in die Bucht, sondern auf der Straße stehen bleibt und dann die Autos nicht mehr vorbeikommen können. Können Sie vielleicht nochmal erklären, welchen Hintergrund das hat, welchen Sinn das aus verkehrspolitischer Sicht macht und dementsprechend, warum Sie das entsprechend so vollzogen haben? Also, beides am besten. Warum Sie meinen, dass so viele mit dem Fahrrad kommen in Neustadt, und auch hier stehen lassen, und warum Sie meinen, dass eine Busbucht in Neustadt nicht sinnvoll sei.

Frau Dr. Wünscher

Herr Schültke wird das aufklären, Herr Vierkant.

Herr Schültke

Die Kollegen können gerne ergänzen. Aber, vom Prinzip her gibt es auch, was die Verkehrsbeobachtungen im tatsächlichen Leben angeht, folgende Feststellung: Wir haben sehr viele Nachfragen, auch zunehmende Nachfragen, nach Anlehnbügel, oder vergleichbare Ausstattungen, für Fahrradabstellanlagen. Gerade an Haltestellen. Insbesondere dort, wo auch ein Umstieg von Bus, vom Fahrrad auf den Bus zu erwarten ist. Das ist faktisch auch der Fall. Man muss sich nur das Umfeld rund um die Scheibe A zum Beispiel angucken.

Da ist auch immer wieder mehr Nachfrage als entsprechen Ausstattung da. Das zweite Thema sind Schulwegsicherungen und andere verkehrssicherheitsrelevante Beobachtungen. Gerade wenn es zum Beispiel in einem Straßenverlauf eine, ich nenne es jetzt mal aus heutiger Sicht überbreiten Straßenquerschnitt gibt, der als Fahrbahn zur Verfügung steht.

Dort ist das Herausfahren des Busses in eine Busbucht nachteiliger für die querenden Menschen, die entweder aus dem Bus kommen oder zum Bus hinkommen wollen.

Und das ist auch eine Beobachtung, die wir gemeinsam mit der Verkehrsbehörde machen und der Polizei, dass gerade auch in solchen, nicht nur ausschließlich, auch Schulwege bezogenen Situationen, sondern generell. Man versucht, sofern es die Rahmenbedingungen, die gebaut sind, hergeben, dass man ein so genanntes Buskap errichtet, wo der Bus dann auf der Straße steht und kein Überholvorgang mehr zu erwarten ist, um eben den Ein- und Ausstiegsvorgang um den haltenden Bus herum sicherer zu gestalten.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Schültke. Herr Vierkant, eine Nachfrage?

Herr Vierkant

Also, habe ich das jetzt richtig verstanden, dass Sie mit Sicherheit meinen, dass entsprechend, wenn Aussteigende verkehrswidrig einfach vor den Bus laufen, dann ist das gesichert? Weil, es geht mir jetzt darum: Natürlich bin ich dafür, dass auch Passagiere von Bussen geschützt werden und jeder Fußgänger gesichert ist. Aber es sollte doch heutzutage jeder gelernt haben, dass man, wenn man aussteigt aus dem Bus, wartet, ob ein überholendes Fahrzeug vorbeikommt und dann erst über die Straße geht. Also, dass verstehe ich immer nicht ganz, warum man von Menschen, die sich entgegen der Erwartungen verhalten, oder entgegen entsprechend der üblichen Verkehrsregeln, warum jetzt die besonders schützt. Und was sonstige Argumente für die Busbuchten sind.

Frau Dr. Wünscher

Ja, Herr Vierkant. Dass ist eine Feststellung und es ist nun mal so. Also, Herr Schültke kann nichts für die Menschen, die sich nicht, sozusagen, gesetzeskonform verhalten.

Herr Vierkant

Ja, meine Frage war ja, warum die Verwaltung dann so plant und nicht warum sich die Leute so verhalten.

Frau Dr. Wünscher

Herr Schültke.

Herr Schültke

Also, ich hoffe, dass ich ausreichend erklärt habe, dass wir gerade auch in vielen Situationen gerade in Abwägung mit den Erkenntnissen, die die Polizei hat, die die Verkehrsbehörde hat, und eben abgestimmt auf die örtlichen Verhältnisse, unterschiedlich eine Bushaltestelle ausstatten. Es wird nicht immer automatisch ein Kap geben, sondern individuell wird entschieden sein, mal so, mal so. Je nachdem, was auch für eine Frequenz beobachtet wird, was die Straße quert. Also, es ist kein Automatismus, dass man immer nur Buskaps errichten will und muss, sondern, wir entscheiden individuell.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Schültke. Herr Godenrath.

Herr Godenrath

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich würde noch ein bisschen konkreter werden. Ich unterstelle, oder ich bin der Meinung, die Stadt Halle möchte definitiv den Individualverkehr, auch durch solche Maßnahmen, dass halt praktisch Busbuchten verlegt werden in die Fahrbahn, den Individualverkehr zu mindestens auszubremsten. Das können Sie gerne so sehen, ich habe da meine andere Meinung. Die habe ich Ihnen jetzt gerade mitgeteilt. Und ich würde sogar ein Beispiel dafür bringen: Wir nehmen mal die Ecke Lilienstraße, Hallorenstraße. Da ist eine Busbucht. Sie haben gerade gesagt, durch Busbuchten würde eventuell sogar, ich sag mal, mehr Sicherheit gegeben werden.

Hier würde ich Ihnen widersprechen. Wenn Sie sich das mal angucken hier, Lilienstraße, die Bushaltestelle Lilienstraße, Ecke Hallorenstraße. Die Busbucht, die ist, ich sag mal, die ist breit genug. Da kann der Bus reinfahren. Wenn man den Bus praktisch in die Straße verlegt, macht man, provoziert man dort eine Engstelle. Eigentlich eher wieder eine Gefahrensituation, weil die Fußgänger, da ist übrigens eine kleine, in der Mitte in der Fahrbahn, ist sogar eine, ich sag mal, eine kleine Bucht, oder eine kleine, ich sag mal, so eine, ich komme gerade nicht auf den Begriff. Bitte? Eine Querungshilfe, vielen Dank, für die Fußgänger. Also, als Beispiel mal, wäre jetzt wieder ein Punkt, wo ich sage, nein, nein, das ist Unsinn.

Frau Dr. Wünscher

Herr Schültke.

Herr Schültke

Ein letzter Versuch, das sind keine Erkenntnisse, die die Stadt Halle alleine hat. Sondern, es gibt Forschungsgesellschaften, es gibt verkehrswissenschaftliche Hochschulen, es gibt sonstige, über viele Jahre hinweg, entwickelte Richtlinien und Rahmenbedingungen. Und wir sind, und da wiederhole ich mich, immer in der Abwägung zwischen den Interessen der autofahrenden Menschen, die natürlich auch in einem Verkehrsfluss gehalten werden können. Das ist vollkommen klar. Aber, es geht immer um die Zugangs- und Abgangsfußverkehre zu einer Bushaltestelle, oder auch Straßenbahnhalttestelle. Es ist genau das Gleiche, wie kann ich die Situation so optimal wie möglich sicher gestalten. Nicht immer in jedem Fall die gleiche Lösung.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Schültke. Gibt es weitere Nachfragen zu dieser Beschlussvorlage? Das sehe ich nicht. Dann bitte ich die sachkundigen Einwohner um ihr Votum. Wer kann dieser Beschlussvorlage zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Das sind sieben Ja-Stimmen. Wer ist dagegen? Mit einer Gegenstimme mehrheitlich angenommen durch die sachkundigen Einwohner. Die Stadträte, bitte. Wer kann dieser Beschlussvorlage zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Sieben Mal ja. Wer ist dagegen? Bei drei Gegenstimmen ist auch das mehrheitlich durch die Stadträte bestätigt.

Ende des Wortprotokolls

Abstimmungsergebnis skE:

mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt für den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen des Paketes 5 für die Haltestellen Begonienstraße, Sanddornweg, Carl-Schorlemmer-Ring, Tangermünder Straße und Kanena die aufgestellten Planungen sowie für die Haltestelle Lilienstraße die Variante 2 und die Haltestelle Zscherbener Straße die Variante 1 als Grundlage für die weitere Planung und Umsetzung

zu 5.9 Änderung des Baubeschlusses Stadtpark 5. BA
Vorlage: VIII/2025/01731

Frau Trettin führte in die Beschlussvorlage ein.

Herr Vierkant erkundigte sich, ob bereits eingeschätzt werden kann, dass die Stützmauer termingerecht fertiggestellt werden kann.

Frau Trettin sagte, dass das geplant ist.

Herr Aldag fragte, wenn der Änderungsantrag erfolgreich ist, ob dann ein höherer Eigenanteil nötig ist und woher diese benötigten Mittel dann kommen.

Frau Trettin antwortete, dass man sich gegebenenfalls um neues Geld im Städtebaufördermittel bewerben möchte. An der Eigenmittelquote ändert sich nichts.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Wünscher** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt die Änderung des Baubeschlusses vom 15.07.2020, Vorlagen-Nr.: VII/2020/00867 des 5. BA im Stadtpark mit einem Gesamtkostenrahmen von 328.250 € vorbehaltlich der Bereitstellung von Fördermitteln aus der Städtebauförderung.

zu 5.10 Kombierter Varianten- und Baubeschluss Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse, Neubau Fuß- und Radwegeverbindung
Vorlage: VIII/2025/01521

zu 5.10.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Kombierter Varianten- und Baubeschluss Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse, Neubau Fuß- und Radwegeverbindung – Vorlagen-Nummer: VIII/2025/01521
Vorlage: VIII/2025/02098

zu 5.10.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Kombierter Varianten- und Baubeschluss Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse, Neubau Fuß- und Radwegeverbindung" VIII/2025/01521
Vorlage: VIII/2025/02105

Frau Dr. Wünscher beantragte das Rederecht für Herrn Ständer. Dem Rederecht wurde mehrheitlich zugestimmt.

Frau Trettin führte in die Beschlussvorlage ein.

Frau Prof. Dr. Fuhrmann führte in den Änderungsantrag TOP 5.10.1 ein.

Frau Trettin präsentierte einen Kompromissvorschlag, dem der Verein zu Gute kommen würde.

Herr Aldag führte in den Änderungsantrag TOP 5.10.2 ein.

Herr Ständer sagte, dass das große Festzelt essenziell ist für die großen Veranstaltungen. Bei großen Veranstaltungen sind bis zu 1000 Menschen auf dem Gelände unterwegs, Besucher oder Angehörige noch nicht mit einberechnet.

Herr Rebenstorf sagte, dass man nicht sofort vor Ort eine Planung erstellen kann. Die antragsstellenden Fraktionen müssen detailliert erklären, was sie mit den Änderungsanträgen erreichen möchten, damit die Stadtverwaltung eine Stellungnahme erstellen kann. Er bat um einzelne Diskussionen der Änderungsanträge.

Frau Prof. Dr. Fuhrmann erkundigte sich, ob die zusätzliche Variante der Stadtverwaltung für den Verein vorstellbar ist.

Herr Ständer sagte, dass man die volle Breite benötigt. Über die Tiefe kann man diskutieren.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass der Kompromissvorschlag von Frau Trettin die geforderte Länge des Vereins beinhaltet. Sie fragte, ob das ausreichend ist.

Herr Ständer sagte, wenn es bei den 25 Metern bleibt, dann ja.

Herr Rebenstorf sagte, dass dies in die Planungen einfließen wird.

Frau Trettin sagte, dass der Beschlusspunkt 2 entsprechend des Änderungsvorschlages übernommen wird. Unter der Einschränkung, dass die Länge auf 25 Meter abgeändert wird.

Herr Aldag sagte, dass sich der Änderungsantrag TOP 5.10.2 auf den Abschnitt 1 bezieht. Es soll die Variante 1.1 gewählt werden, da sie die kostengünstigste und ökologischste Option darstellt.

Herr Vierkant erkundigte sich aus Verständnisgründen, auf welche konkreten 25 Meter sich die Aussage bezieht und ob diese ausreichend sind, um das große Zelt aufzustellen, oder ob es sich dabei um ein Ablenkungsmanöver handelt, um eine Zustimmung zu erzwingen.

Frau Dr. Wünscher bat darum, derartige Unterstellungen zu unterlassen.

Frau Trettin antwortete, dass das die letzten 25 Meter am nördlichen Ende des Abschnittes sind.

Herr Aldag fragte, ob das große Festzelt dem Verein gehört.

Herr Ständer antwortete, dass das jedes Mal gemietet wird.

Herr Aldag fragte, ob es auch die Möglichkeit gibt, ein schmaleres Zelt zu mieten.

Herr Ständer verneinte das.

Herr Rebenstorf erklärte, dass der Beschlussvorschlag bis zur nächsten Stadtratssitzung entsprechend dem Änderungsantrag der SPD angepasst wird.

Frau Prof. Dr. Fuhrmann zog den Änderungsantrag TOP 5.10.1 zurück.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Wünscher** bat um Abstimmung.

**zu 5.10.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Kombinierter Varianten- und Baubeschluss Grüner Ring
Halle Ost – Kohlebahntrasse, Neubau Fuß- und Radwegeverbindung"
VIII/2025/01521
Vorlage: VIII/2025/02105**

Abstimmungsergebnis skE: **mehrheitlich abgelehnt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Der Stadtrat beschließt die Variante **1.1** ~~1-2~~ vom Abschnitt 1 und die Variante 3.1 vom Abschnitt 3 als Vorzugsvarianten für die weitere Planung der neuen Fuß- und Radwegeverbindung Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse.
2. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung der neuen Fuß- und Radwegeverbindung Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse mit einem Gesamtkostenrahmen von **1.958.413** ~~2.078.413~~ €.

zu 5.10.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage Kombierter Varianten- und Baubeschluss Grüner Ring
Halle Ost – Kohlebahntrasse, Neubau Fuß- und Radwegeverbindung –
Vorlagen-Nummer: VIII/2025/01521
Vorlage: VIII/2025/02098

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 1 wird geändert und erhält folgende Fassung:

Der Stadtrat beschließt die Variante 1.2 vom Abschnitt 1 und **eine neue** die Variante 3.3 **1, die eine Wegeführung außerhalb des Vereinsgeländes am Zaun entlang mit einem 75 cm Sicherheitsabstand vorsieht**, vom Abschnitt 3 als Vorzugsvarianten für die weitere Planung der neuen Fuß- und Radwegeverbindung Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse.

zu 5.10 Kombierter Varianten- und Baubeschluss Grüner Ring Halle Ost –
Kohlebahntrasse, Neubau Fuß- und Radwegeverbindung
Vorlage: VIII/2025/01521

Abstimmungsergebnis skE: mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Variante 1.2 vom Abschnitt 1 und die Variante 3.1 vom Abschnitt 3 als Vorzugsvarianten für die weitere Planung der neuen Fuß- und Radwegeverbindung Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse.
2. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung der neuen Fuß- und Radwegeverbindung Grüner Ring Halle Ost – Kohlebahntrasse mit einem Gesamtkostenrahmen von 2.078.413 €.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 6.1 **Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Erweiterung des P&R Parkplatzes Büschdorf** **Vorlage: VIII/2025/01754**

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Vierkant wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Dr. Wünscher

Wir sind bei dem Antrag der AfD-Fraktion zur Prüfung der Erweiterung des P&R Parkplatzes Büschdorf. Wer wird einführen? Herr Vierkant, bitte.

Herr Vierkant

Vielen Dank, meine Damen und Herren. Ja, die Verwaltung schreibt, brauchen wir nicht. Machen wir nicht, ist zu teuer. Wir sind der Meinung, dass das an dieser Stelle durchaus Sinn machen würde. Ich habe hier mal ein Beispielbild mitgenommen, das nicht in den Ferien aufgenommen wurde, wo die Verwaltung gezählt hat. Hier sieht man das ziemlich deutlich, ist ziemlich voll. Wir haben mal selber eigenständige Zählungen vorgenommen. Am 17.11. um 9.30 Uhr waren keine Parkplätze verfügbar dort. Am 26.11. um 15 Uhr waren drei freie Parkplätze, am 28.11. 9:30 Uhr zehn freie Parkplätze, 6.12. fünf freie Parkplätze, am 8.12. um 11.30 Uhr null freie Parkplätze.

Das sind so eigenständig gemacht exemplarische Zählungen. Natürlich können die an anderen Zeiten noch abweichen. Trotzdem bleiben wir dabei. Wir sind der Meinung, dass an dieser Stelle eine Erweiterung Sinn machen würde. Zumindest eine Prüfung. Wenn Sie sagen, eine Machbarkeitsstudie selber ist zu teuer, könnten wir uns auch vorstellen, wenn die Verwaltung dann entsprechend offener wäre für die Idee, dass in einen Prüfauftrag umzuwandeln. Aber wir waren davon ausgegangen, dass natürlich der Grundgedanke hier mehr Kapazitäten für öffentlichen Nahverkehr zu schaffen, indem man halt die Pendler dort parken lässt und reinfahren lässt in die Stadt, von der Verwaltung grundsätzlich mal begrüßt würde. Das ist ja eigentlich ihre Politik zu sagen, wir wollen weniger Autos in der Stadt haben und mehr ÖPNV, deswegen verstehen wir es nicht so ganz an dieser Stelle, warum Sie das hier ablehnen.

Natürlich sind die Zukaufflächen entsprechend mit in die Planungen einzubeziehen. Aber deswegen beauftragen wir auch nicht den Bau, sondern bitten Sie nur entsprechend eine Machbarkeitsstudie durchzuführen. Wie gesagt, im Unterschied zu den Flächen in Trotha und sonstigen Flächen, die umbaut sind, wären hier Flächen vorhanden, wo man zumindest mal hätte prüfen können oder zumindest mal eine Prüfung in Aussicht stellen hätte können, sozusagen, wir sprechen mal mit den Eigentümern, was würde uns wirklich kosten, die anzukaufen. Wie gesagt, der Bedarf ist da. Ich gebe das auch gerne mal rum das Bild, dass Sie selber sich da ein Bild davon machen können. Und ansonsten freue ich mich auf die Debatte mit Ihnen und vielleicht kommen wir doch zur Lösung, dass es hier sinnvoll wäre, eine Erweiterung durchzuführen. Dankeschön.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Vierkant. Herr Schültke wird sich dazu äußern. Herr Schültke, bitte.

Herr Schültke

Ja, wir haben in der Stellungnahme schon dargelegt, dass dann an der Stichtagsprobe, die wir durchgeführt haben, keine Vollbelegung war. Und wenn ich richtig eben zugehört habe, war bei den meisten Stichtagsproben, die Sie vorgenommen haben, auch nicht immer alle Stellplätze vollbelegt. Sodass wir angesichts der Erkenntnislage nicht davon ausgehen müssen, dass eine deutliche Überbelegung der Fall wäre. Also sprich, wir sehen jetzt keinen Handlungserfordernis, um hier nochmal aktiv zu werden. Und halten an unserer Stellungnahme fest, dass wir angesichts der vorhandenen Situation, dass uns auch die angrenzenden Grundstücksflächen nicht gehören, dass wir erst eine Planung machen müssten, dass wir erst mit dem Grundstückseigentümer davor eine Einigung erzielen müssten, um überhaupt in eine Planung einsteigen zu können, um am Ende möglicherweise ein paar Stellplätze noch dazu zu bekommen. Dass ist angesichts der fehlenden Ressourcen, die wir weder finanziell noch personell haben, derzeit nicht darstellbar.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Schültke. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag? Das sehe ich nicht. Dann können wir abstimmen. Die sachkundigen Einwohner. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Also, Herr Godenrath auch nicht. Gut, dann gibt es keine Zustimmung von den sachkundigen Einwohnern. Und wer ist dagegen? Eins, zwei, drei vier, fünf Mal nein. Damit ist dieser Antrag durch die sachkundigen Einwohner abgelehnt. Die Stadträte bitte. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Das sind drei Ja-Stimmen. Wer ist dagegen? Das sind sechs Gegenstimmen. Damit ist dieser Antrag der AfD-Stadtratsfraktion auch von den Stadträten abgelehnt.

Ende des Wortprotokolls.

Abstimmungsergebnis skE:**einstimmig abgelehnt****Abstimmungsergebnis SR:****mehrheitlich abgelehnt****Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob der P+R Parkplatz Endhaltestelle Büschdorf mit Hilfe umliegender Flächen erweitert werden kann.
2. Falls notwendig sind entsprechende Gespräche mit Eigentümern angrenzender Flächen zu führen.
3. Die Stadtverwaltung legt dem Stadtrat bis Mai 2026 eine Machbarkeitsstudie und eine Kostenschätzung vor.

**zu 6.3 Antrag der Fraktionen Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) und FDP/FREIE
WÄHLER zum Modellprojekt „Feierabendparken“
Vorlage: VIII/2025/01789**

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Vierkant wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Dr. Wünscher

Dann haben wir den Antrag der Linken im Stadtrat und FDP/Freie Wähler zum Modellprojekt „Feierabendparken“. Wer möchte in den Antrag einführen? Herr Wagner, bitte.

Herr Wagner

Ja, der Antrag ist nicht neu, wir haben den in den letzten Ausschüssen schon behandelt. Es gibt mittlerweile eine gewisse Dynamik hier in den, bei den Mehrheiten. Ich muss also nichts mehr sagen.

Frau Dr. Wünscher

Ja, ich möchte darauf hinweisen, Herr Wagner, dass wir uns auch bei diesem Antrag im übertragenen Wirkungskreis befinden, ja. Also, insofern ist das ein bisschen kompliziert. Na gut, dann korrigieren Sie mich, Dr. Meerheim, bitte.

Herr Wagner

Also, darf ich das kurz erklären? Der Verwaltung steht es natürlich frei, uns zu erklären, dass wir uns im ÜWK befinden. Ist tatsächlich so, der Antrag stellt darauf ab, dass wir ein Modellprojekt vorschlagen, was die Stadt initiiert. Es geht nicht darum, irgendwelche Sachen zu verpflichten, die im ÜWK tatsächlich stattfinden. *Unverständlich* kann die Stadt jederzeit wahrnehmen.

Frau Dr. Wünscher

Danke, war Wagner. Herr Aldag bitte.

Herr Aldag

Ich muss so kurz nachfragen. Also, die Betreiber, die Läden, die können es doch jetzt schon mit ihren Parkplätzen machen. Also, bei mir um die Ecke ist Rewe, steht ein Schildchen dran, Feierabend, dann, ihr könnt da parken. Müsst ihr halt, bei einer Telefonnummer anrufen, da muss ich Gebühr bezahlen, fertig. Netto bei mir um die Ecke macht das Gleich. Also, das geht doch. Also, die machen das doch, wieso brauchen wir, ich verstehe dann den Antrag tatsächlich nicht, weshalb es da nochmal jetzt einen Stadtratsbeschluss braucht. Die Lebensmittelketten, die das wollen, die machen das und da es möglich. Und die, die es halt nicht wollen, die machen es nicht. Sollen wir die jetzt zwingen, irgendwie das verpflichtend zu machen? Ich kapiere es nicht. Weil, es ist möglich, da brauchen wir keinen Beschluss dazu.

Frau Dr. Wünscher

Herr Vierkant.

Herr Vierkant

Vielen Dank, Herr Aldag, dass Sie mir meine Worte aus dem Mund nehmen. Natürlich ist das hier eine Privatabrede, die man entsprechend jederzeit treffen könnte. Und es ist überhaupt nicht Aufgabe der Stadtverwaltung, hier in Vorleistung zu gehen oder es schon entsprechend die Privatabreden zu übernehmen. Sie sagen es, wo Sie wohnen, funktioniert es mit den Supermärkten in der Abrede. Wo es nicht funktioniert ist halt, wo der Parkdruck so hoch ist, dass halt schon alles drumherum vollsteht. Das ist natürlich, da wollen die Supermarktketten das dann auch nicht, weil sie natürlich die Problematik haben, dass sie dann morgens erstmal anfangen müssten, abzuschleppen oder entsprechend Angst haben, dass ihre Kunden nicht mehr vorbeikommen.

Und wenn man das Zeitfenster 22.00 Uhr bis 6:00 Uhr betrachtet, ist es wahrscheinlich auch nicht, dass typische Fenster, wo die meisten Leute nach Hause kommen und wieder losfahren. Das heißt, im Zweifel hätte man sowieso den Parkplatz *unverständlich* zwischendurch. Also im Grunde, natürlich wünschen wir uns alle mehr Parkplätze in der Stadt. Aber, wo es geht, ist es zu begrüßen, wenn die Supermärkte das anbieten für die Menschen. Wo es halt, wie gesagt, nicht funktioniert, ist da, wo der Parkdruck so groß ist im Süden, in der Südstadt, das entsprechend, oder in der südlichen Innenstadt, wo halt wirklich der Parkdruck so groß ist, dass diese Supermärkte selber es einfach nicht möchten, weil sie entsprechend die Abschleppunternehmen erstmal morgens beauftragen müssen. Oder halt abends Angst haben, dass ihre Kunden nicht mehr durchkommen.

Beziehungsweise, ein weiteres Argument hätte ich noch: Natürliche haben die Supermärkte auch entsprechende Streu- und Reinigungspflichten. Und, ich kann mir nicht vorstellen, dass im Winter ein ordnungsgemäßes Streuen des Supermarktparkplatzes möglich ist, wenn die dort entsprechend über Nacht alles zugeparkt ist. Gleiches gilt für die Reinigungsmaschinen, die würden auch im Zweifel eher in der Nacht durchfahren, und kämen dann nicht zu dem richtigen Reinigen, wenn dann entsprechend die Kunden alles zuparken. Deswegen, gute Idee. Wir werden es trotzdem ablehnen, weil halt entsprechend die Umsetzung einfach nicht praktikabel ist. Dankeschön.

Frau Dr. Wünscher

Herr Berkes, bitte.

Herr Berkes

Ja, ich möchte nochmal wiederholen, was wir im Wirtschaftsausschuss vorgeschlagen haben. Wir haben im Wirtschaftsausschuss vorgeschlagen, gleich die Anregung aufzunehmen, dass wir bei zukünftigen Bebauungsplänen diese Abfrage vielleicht damit bei den Investoren zu stellen und das also, im gemeinsamen Agreement sozusagen, wenn das gewünscht das zu vereinbaren. Vielleicht könnte man sich auch darauf einigen. Dankeschön.

Frau Dr. Wünscher

Herr Wagner, bitte.

Herr Wagner

Weil es teilweise in der Runde war. Der Antrag zielt auf ein Modellprojekt ab, dass die Stadt initiativ wird, mit Privaten das zu regeln. Es geht nicht darum, da in irgendeine Höhen einzugreifen. Und es geht darum, möglicherweise mit den entsprechenden Privaten in eine Regelung zu kommen, zu sagen, wir können dieses Feierabendparken tatsächlich machen. Auf welchen Stellflächen das auch immer stattfindet. Das ist gar nicht das Problem. Wir wissen, dass das schon heute möglich. Das ist gar nicht das Problem. Was wir wollen ist, dass die Stadt initiativ wird, um das grundsätzlich anzugreifen, um einen gewissen Parkdruck aus bestimmten Stadtbereichen herauszulösen. Nichts anderes macht dieser Antrag.

Frau Dr. Wünscher

Herr Schültke möchte auf Ihre Einlassung reagieren.

Herr Schültke

Wir haben bereits diesen Modellcharaktergedanken gelebt. Ganz praktisch an zwei Beispielen aufgezeigt. Das sind zufällig zwei Edekas. Ein etwas größerer in der Merseburger Straße, Pfännerhöhe. Und eine weiter südlich im Bereich Elsa-Brändström-Straße, glaube ich, ist der. Beides Mal die gleiche Antwort. Ja, aber Packdruck ist hoch. Beides mal die gleiche Antwort, als wir darauf hingewiesen haben, dass dann damit natürlich auch die Haftungsfrage gegeben sein wird. Das ist vollkommen richtig, was Sie gesagt haben. Und gleichzeitig auf den privaten Eigentümer der Fläche, dann auch die Aufgabe hinzukommt, dafür zu sorgen, dass dann entsprechend nicht nur geräumt und gestreut wird, sondern eben auch, wenn denn die normalen Einkaufszeiten beginnen, dass man dann dafür sorgen muss, um die Menschen zu erziehen, dass sie dann nicht trotzdem den ganzen Tag drauf rumstehen, sondern wie jeder andere nach 90 Minuten oder zwei Stunden oder nach einer Stunde, je nachdem, wie die Regelung halt ausschaut, wieder weg sein muss, war die Bereitschaft sehr überschaubar, um das mal vielleicht so auszudrücken. Mittlerweile gehen ja sehr viele dazu über, gerade dort, wo der Parkdruck besonders hoch ist, genau das zu tun. Nämlich, sich mit privaten Sicherheitsdiensten auszustatten und entsprechende, ich nenne es jetzt mal, Knöllchen zu verteilen, was praktisch auch bei einem der beiden Genannten der Fall ist mittlerweile. Aber das ist kein Hallenser-Spezifikum. Das ist halt so.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Schültke. Herr Berkes nochmal.

Herr Berkes

Ich möchte nur Herrn Schültke beipflichten. Weil, wir haben die gleiche Antwort von dem zweiten Edeka bekommen, den Sie jetzt gerade angesprochen haben, weil wir da auch im Einzelfall schon mal vorstellig geworden sind. Also, kann ich nur bestätigen.

Frau Dr. Wünscher

Herr Aldag.

Herr Aldag

Ich kann das ja grundsätzlich nachvollziehen, dass man sowas macht, dass es interessant ist. Wie gesagt, es wird schon gemacht. Modellcharakter, Modellprojekt, kann man machen. Sie ziehen ja auch im Antrag immer auf Düsseldorf irgendwie ab. Da haben wir aber natürlich andere Strukturen. Also wenn wir uns darauf einigen, dass wir Strukturen schaffen wollen, dass wir da ein städtisches Tochterunternehmen gründen, das auch gewisse Dienstleistungen übernimmt, inklusive Buchung und, und, und. Wenn das die Konsequenz daraus ist, da kann man drüber diskutieren. Ob das dann Sinn macht angesichts der Haushaltslage bezweifle ich jetzt mal, dass man eine Mehrheit. Aber das müsste, aus meiner Sicht, dann Voraussetzung sein, dass wird dann eben so ein Tochterunternehmen gründen, dass sich dann auch um Buchung und gewisse Dienstleistungen kümmert, damit es auch irgendwie die Bedenken, die jetzt gerade alle geäußert wurden von denen, denen die Parkplätze gehören, dass man das dann auch, glaube ich, sauber und rechtlich gut auch regeln kann. Das sehe ich aber im Moment gerade nicht gegeben, muss ich ehrlich sagen.

Frau Dr. Wünscher

Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag? Das sehe ich nicht. Dann können wir abstimmen. Die sachkundigen Einwohner, bitte. Wer möchte diesem Antrag folgen? Den bitte ich um das Handzeichen. Eine Ja-Stimme. Wer möchte nicht folgen? Den bitte ich um das Handzeichen, zwei. Wer enthält sich? Bei drei Enthaltungen. Dann. Eine Ja-Stimme, dann ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt. Dann die Stadträte bitte. Wer möchte diesem Antrag folgen? Ich bitte um das Handzeichen Eine Ja-Stimme. Wer ist dagegen? Sieben Gegenstimmen. Wer enthält sich? Bei zwei Enthaltung. Dann ist auch der durch die Stadträte dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ende des Wortprotokolls.

Abstimmungsergebnis skE: **mehrheitlich abgelehnt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung prüft, ob ein Modellprojekt „Feierabendparken“ (analog des Projektes in Düsseldorf) in Halle möglich wäre. Als Modellstadtteil soll wahlweise die Vogelweide, das Medizinerviertel oder das Johannesviertel in den Blick genommen werden, um das Parken für Anwohnende zu entlasten.

Der Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung ist bis Ende Februar 2026 über einen ersten Zwischenstand zu informieren.

zu 6.4 Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur "Roten Liste der bedrohten Baudenkmale"
Vorlage: VIII/2025/01639

Frau Dr. Wünscher machte darauf aufmerksam, dass der Antrag modifiziert wurde.

Herr Vierkant sagte, dass man dem Antrag nicht zustimmen wird, da nicht öffentliche Daten von Eigentümern eingebunden sind.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Wünscher** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle beschließt die Erarbeitung einer Auflistung zur Zustands- und Maßnahmenbeschreibung von Gebäuden der "Roten Liste der bedrohten Baudenkmale" durch die Stadtverwaltung. Diese ist dem Planungsausschuss halbjährig vorzustellen. **Die Veröffentlichung hat in einer datenschutzkonformen, gekürzten Version (zum Schutz sensibler Informationen Dritter) öffentlich und in einer vollständigen Fassung nichtöffentlich zu erfolgen.**

2. Die Auflistung hat tabellarisch zu erfolgen und nachfolgend zu beinhalten:

- ~~Verkauf/ ggf. Verkaufsofferte~~ **Verkäufe sowie von Verkäufern öffentlich bekanntgemachte Verkaufsofferten**
- ~~Beantragungen von Bauvoranfragen/ Bauanträge/ denkmalrechtliche Genehmigung~~ **Eingereichte und genehmigte Bauvoranfragen, Bauanträge und Anträge auf denkmalrechtliche Genehmigung, ggf. soweit sich Baulasten unmittelbar auf den praktischen Umgang mit den „Rote-Liste“-Objekten auswirken, wird im Rahmen der Informationsvorlagen entsprechend informiert werden**
- ~~Bauordnungsrechtliche Einschätzung zu lfd. Bauordnungsverfahren~~
- Aktuelle Zustandsbewertung aus statisch-konstruktiver Sicht
- ~~Erlassene Verfügungen nebst Dokumentation und Begleitung der Maßnahmen dazu Vorgangsnummern bzw. Bezeichnung der Verwaltungsakte~~ **Erlassene bauordnungsrechtliche und/oder denkmalrechtliche Verfügungen mit Vorgangsnummern und Bezeichnung der Verwaltungsakte, ggf. ergänzt um entsprechende Dokumentationen, sowie einer Information inwieweit nach Ausführung von Ersatzvornahmen die entsprechenden Aufwendungen grundbuchrechtlich gesichert werden**
- Ausgereichte Fördermittel
- Potentiell zur Verfügung stehende Fördermittel
- ~~Grunddienstliche Eintragungen~~
- ~~Änderungen bei Eintragungen von Baulasten~~

zu 6.6 **Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Errichten einer
Fahrradabstellanlage in der Niemeyerstraße
Vorlage: VIII/2025/01594**

Frau Prof. Dr. Fuhrmann führte in den Antrag ein.

Herr Wagner sagte, dass man auch der ursprünglichen Variante zugestimmt hätte.

Herr Schültke empfahl eine Zustimmung für die aktuelle Version des Antrages.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Wünscher** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, in der Niemeyerstraße eine Fahrradabstellanlage **im Kreuzungsbereich** für bis zu zehn Fahrräder und zwei Lastenfahrräder auf der Fläche von vorhandenen, kostenpflichtigen Parkplätzen zu errichten.

zu 6.8 Antrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zum Austausch der störanfälligen Senkelekranten am Marktplatz Halle (Saale). Vorlage: VIII/2025/01791

Herr Kerzel wurde gebeten, den Antrag einzubringen, und bat Herrn Hänsel, den Antrag inhaltlich zu untersetzen.

Herr Hänsel führte in den Antrag ein.

Herr Dr. Meerheim fragte die Verwaltung, ob nicht bereits zehn neue Maßnahmen vorgesehen seien.

Herr Schültke erklärte, dass dem Antrag grundsätzlich zugestimmt werden könne, da man auch aus seiner Sicht wiederholt Reparaturen beauftragen müsste. Diese seien nicht ausschließlich auf die verbaute Technik oder auf ausschreibungspflichtige Maßnahmen zurückzuführen, sondern teilweise auch auf Eingriffe Dritter. So werde von beauftragten Elektrikern berichtet, dass Manipulation an den Anlagen vorgenommen worden seien, die letztlich zu vollständigen Ausfällen führten. Es handele sich daher nicht allein um reine Betriebsstörungen. Vor diesem Hintergrund werde nach einer besseren Lösung gesucht, in der Hoffnung, eine geeignete Alternative zu finden.

Herr Aldag sagte, dass der Antrag grundsätzlich zustimmungsfähig sei. Allerdings sei zu berücksichtigen, dass es sich auch künftig um Unterflurelekranten handeln werde, die im Boden versenkt seien. Technisch gebe es dabei im Wesentlichen zwei Varianten, hochkurbelbare Systeme wie bisher sowie aufklappbare Systeme mit Teleskoparmen. Beide Varianten unterlägen bei täglicher Nutzung, insbesondere durch den regelmäßig stattfindenden Markt, einem entsprechenden Verschleiß. Hinzu komme eine mögliche unsachgemäße Bedienung. Ob ein alternatives System tatsächlich eine Verbesserung darstelle, sei daher offen. Gleichwohl sei es sinnvoll, zu prüfen, ob ein besseres System gefunden werden könne.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Wünscher** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob – unter Beachtung etwaiger Zweckbindungsfristen aus der Förderung der letzten Marktplatzsanierung – eine schrittweise Umrüstung defekter Senkelekranten auf ein weniger störanfälliges und wartungsärmeres System (z. B. Unterflurelekranten) möglich ist.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Bericht zur Straßenzustandserfassung** **Vorlage: VIII/2025/02089**

Frau Dr. Wünscher informierte, dass die Mitteilung unter TOP 7.1 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

Herr Nistripke sagte, dass man eigentlich das doppelte an Geld benötigt, um die Straßen instand zu setzen.

Herr Schültke sagte, dass hinter dem Bericht ein enormer Aufwand steckt.

Herr Piller informierte über den Bericht zur Straßenzustandserfassung.

Herr Wagner fragte, ob für es für den Ausschuss einen kompletten Bericht zu den Straßen geben wird.

Herr Piller sagte, dass die einzelnen Berichte zu den jeweiligen Straßen eingesehen werden können.

Herr Schültke sagte, dass der komplette Bericht nicht zur Verfügung gestellt wird, da dieser zu umfangreich ist.

Herr Wagner fragte, ob es eine Vorlage gibt, wenn alle Straßen enthalten sind.

Herr Schültke bejahte das.

zu 7.2 **Kurzinformation zur Städtebauwerkstatt Stadtteilzentrum Neustadt vom 03.-05.12.2025** **Vorlage: VIII/2025/02096**

Frau Dr. Wünscher informierte, dass die Mitteilung unter TOP 7.2 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

Herr Nistripke bemängelte die Kurzfristigkeit der Einladung.

Herr Schröter sagte, dass das im Kontext der Pressemitteilung als Reminder zu verstehen war. Es war keine Aufforderung, an der Städtebauwerkstatt teilzunehmen.

Frau Prof. Dr. Fuhrmann äußerte den Wunsch, die Einladung zukünftig eher zu versenden.

zu 8 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 8.1 **Herr Aldag zur Sperrung in der Großen Steinstraße**

Herr Aldag äußerte sich zur Sperrung in der großen Steinstraße. Dort ist ein Teil des Fußweges, der als Schulweg dient, gesperrt. Er fragte, wie lang die Sperrung noch andauert und ob es eine Möglichkeit gibt, den Schulweg während der Sperrung sicherer zu gestalten.

Herr Schröter sagte, dass für die Sicherheit des Schulweges der FB Sicherheit zuständig ist. Der Grund für die Absperrung ist der Zustand des Gebäudes.

zu 8.2 **Herr Aldag zur Grundschule in der Schimmelstraße**

Herr Aldag äußerte sich zu der Grundschule in der Schimmelstraße. Er fragte, warum die Kastanien jetzt doch gefällt werden sollen.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.3 **Herr Vierkant zur Sanierung Regensburger Straße**

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Vierkant wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Vierkant

Vielen Dank. Ich wollte nochmal auf einen Sachverhalt von Anfang des Jahres zurück zu sprechen kommen. Und zwar gab es da einen Antrag von uns, entsprechend einen Fußweg an der Kita in der Regensburger Straße zu sanieren. Antrag selber wurde abgelehnt, aber die Verwaltung hat dann in Ihrer Stellungnahme geschrieben, sie hätte das schon im Rahmen anderer Baumaßnahmen vollzogen. Das wurde dann auch gemacht. Irgendwann hat es mal geheißen, dass würde im Rahmen der Sanierung des straßenbegleitenden Radweges Regensburger Straße vollzogen. Der wurde dann später vollzogen. Und genau in diesem Zusammenhang wurden die dort reparierten Stellen wieder aufgerissen von den Baumaschinen.

Deswegen die Frage an die Verwaltung: Kann man sowas nicht entsprechend anders planen? Wenn man schon weiß, und auch in den Beratungen das ergänzt, dass dort entsprechend ein straßenbegleitender Radweg gebaut wird, dass man dann entsprechend die Reparatur natürlich auch vorausschauend ansetzt, wenn die Maßnahmen abgeschlossen sind? Und nicht davor, sodass die Baumaschinen da alles kaputt machen.

Frau Dr. Wünscher

Herr Schültke wird antworten.

Herr Schültke

Nehme ich mit. Kann ich nicht auswendig sagen.

Ende des Wortprotokolls.

zu 8.4 Herr Godenrath zu den Brücken am Riebeckplatz

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Vierkant wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Godenrath

Ja, vielen Dank. Ich habe nur eine Frage zu dem geplanten Vorhaben Riebeckplatz. Die beiden Brücken sollen ja dort abgerissen werden. In wie weit ist da schon der Auftrag erteilt zum Abriss?

Frau Dr. Wünscher

Herr Rebenstorf, bitte.

Herr Rebenstorf

Ja, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, Herr Godenrath. Wir haben, glaube ich, mehrfach kommuniziert, dass eine Totalunternehmerausschreibung läuft. Und sie läuft noch. Und unser Plan ist, die Vergabe im März im Gremienlauf herbeizuführen. Das heißt, bis dahin gibt es keine Aufträge, nichts ist ausgelöst. Das ist der Sachstand.

Ende des Wortprotokolls

zu 8.5 Herr Berkes zum Zukunftszentrum

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Vierkant wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Berkes

Ja, uns bewegt auch die Frage eines aktuellen und kontinuierlichen Sachstandes zum Thema Zukunftszentrum. Also wir wünschen uns eigentlich, dass wir als Stadträte da kontinuierlich auf dem Laufenden gehalten werden. Im Moment hört man ja nur, dass, was Herr Rebenstorf gerade gesagt hat. Es wird irgendwann einen Generalauftragsnehmer geben. Dann konnten wir in der Presse wieder mal lesen, dass es nach wie vor Gespräche gibt um das Rondell. Aber uns bewegen zum Beispiel konkrete Fragen wie: Gibt es denn einen Vertrag zwischen der Stadt Halle und dem Bund über den Bau über Bau dieses Zukunftszentrums?

Also, zum Beispiel über den Grundstücksverkauf? Und die zweite Frage: Stehen denn die vielen Millionen, die wir brauchen, um in Vorleistung das alles zu bewältigen, eh das Zukunftszentrum gebaut wird, stehen denn diese Millionen im Haushalt zur Verfügung? Ja, möchte ich gerne da hören. Und wie gesagt: Gibt es mehr zum Sachstand Rondell? Also, da gab es ja mal auch die Überlegung, wenn das nicht so funktioniert mit dem Rückkauf, dass man da eine Enteignung vornimmt oder? Also, gibt es da was Konkreteres, in der Richtung?

Frau Dr. Wünscher

Danke für die Fragen, Herr Berkes. Herr Rebenstorf wird antworten.

Herr Rebenstorf

Ja, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren. Ich mag zwar ungern sagen, ich antworte schriftlich. Aber in dem Fall, glaube ich, Herr Berkes, ist es notwendig, dass wir all Ihre Fragen schriftlich beantworten, um auf Nummer sicher zu gehen, dass Sie was in der Hand haben, zum Nachlesen. Weil, hier ging jetzt echt einiges durcheinander. GU-Ausschreibung, habe ich eben gesagt. Unser Ziel ist es weiterhin, im März Ihnen die Beschlussvorlagen vorzulegen, nicht irgendwann. Der B-Plan ist vorgesehen für den Februar-Durchlauf. Also, sprich Abwägungs- und Satzungsbeschluss.

Darüber haben wir auch immer wieder informiert, wie dort der Sachstand ist. Rondell, bleibt es dabei. Die Gespräche laufen. Das verfahren ist aufwändig. Das ist auch klar. Und das harte Wort der Enteignung möchte ich nicht in dem Mund nehmen. Wir stehen in kooperativem Austausch mit dem Eigentümer. Ist zwar manchmal nicht leicht gewesen, aber ich glaube, wir haben einen guten Gesprächsfaden gefunden, Modus Vivendi, wir uns miteinander verständigen und auf einem gemeinsamen Weg begeben. Sie merken es an meiner Ausführung, es gibt noch kein Ergebnis. Sondern, es geht darum, Vertrauen zu schaffen zum Eigentümer, dass wir eben nicht das ziehen müssen, was mit dem Planungsrecht herbeigeführt wird.

Alles, was mit dem Grundstück zu tun hat, würden wir dann in der schriftlichen Zuarbeit den Bereich von Frau Dr. Marquardt nochmal bitten. Weil, der Fachbereich 24 die Gespräche mit dem Bund führt, unter welchen Bedingungen das Grundstück wie zu übertragen ist. Auch dazu, denke ich mal, müssten Sie eigentlich, informiert sein aus den anderen Vorgängen. Aber, wir machen das so. Herr Schröter, Frau Lütgert, dass wir das nochmal tagesaktuell zusammenschreiben. Deswegen gibt es zu dem, was ich eben ausgeführt habe, nochmal eine schriftliche Ergänzung.

Frau Dr. Wünscher

Herr Berkes.

Herr Berkes

Herzlichen Dank. Und auch die Frage, ist das Geld da, was, ja, von der Seite her, also, schon bejaht wurde.

Frau Dr. Wünscher

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

So, da es jetzt ein paar Mal bilateral hier hin ging, ein Blick in den Haushalt. Ja, die Summe steht im Haushalt drin.

Ende des Wortprotokolls.

zu 8.6 **Frau Prof. Dr. Fuhrmann zu den Baumfällungen am Riebeckplatz**

Frau Prof Dr. Fuhrmann erkundigte sich, ob im Zuge der Baumfällungen am Riebeckplatz geprüft wurde, ob jüngere, verpflanzbare Bäume erhalten werden können, anstatt alle 76 Bäume vollständig zu roden.

Herr Schültke erklärte, dass die Entscheidungen zu den Baumfällungen auf Grundlage eines Bebauungsplans sowie fachgutachterlicher Prüfungen zur Vitalität und Qualität der Bäume getroffen wurden. Alle relevanten Stellen seien eingebunden gewesen, weitere mögliche Maßnahmen würden im laufenden Bebauungsplanverfahren noch geprüft.

Frau Lütgert ergänzte, dass einige Bäume für eine Umpflanzung vorgesehen seien und derzeit vom Fachbereich Umwelt entsprechend vorbereitet werden.

zu 9 **Anregungen**

zu 9.1 **Herr Aldag zur Ludwig-Wucherer-Straße**

Herr Aldag regte an, in der Ludwig-Wucherer-Straße wegen häufiger gefährlicher Überholmanöver ein Überholverbot für Kraftfahrzeuge für das Verkehrszeichen 277.1 einzurichten, ähnlich wie in der Geiststraße

Es gab keine weiteren Anregungen.

Frau Dr. Wünscher bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Ulrike Wünscher
Ausschussvorsitzende

Charlize Meisner
stellv. Protokollführerin